

Anträge

Fachbereich V

Aktenzeichen:

Vorlage Nr.: AN/0282/2017/1

Vorlage für die Sitzung			
Ausschuss für Stadtentwicklung: Umwelt, Planung und Verkehr	Entscheidung	09.05.2017	öffentlich

Beratungsgegenstand:	Antrag der Ratsfrau Birgit Formanski und des Ratsherrn Jürgen Lüdemann - SPD-Fraktion - vom 06.03.2017 betr. Prüfauftrag/Klärung der Parkplatzsituation nach Fertigstellung des Erweiterungsbaues der Fachhochschule am Campus Rheinbach
Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen:	keine
Haushaltmäßige Auswirkungen/Hinweis zur vorläufigen Haushaltsführung:	keine

1. Beschlussvorschlag:

Dem Antrag der Ratsfrau Birgit Formanski und des Ratsherrn Jürgen Lüdemann, SPD-Fraktion, vom 6.03.2017 betr. Prüfauftrag / Klärung der Parkplatzsituation nach Fertigstellung des Erweiterungsbaues der Fachhochschule am Campus Rheinbach wird nicht gefolgt. Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

2. Sachverhalt/Rechtliche Würdigung:

Mit Schreiben vom 6.03.2017 beantragen die Ratsfrau Birgit Formanski und der Ratsherr Jürgen Lüdemann – SPD-Fraktion – die Verwaltung möge beauftragt werden, den Sachverhalt der Parkplatzsituation nach Fertigstellung des Erweiterungsbaues der Fachhochschule zu überprüfen und geeignete Maßnahmen zur Verminderung der Problemstellung einzuleiten, des Weiteren möge die Verwaltung über die getroffenen Maßnahmen informieren.

Hintergrund des Antrages ist die Vermutung, dass nach Fertigstellung und Bezug des Erweiterungsgebäudes die Zahl der Studierenden deutlich höher als jetzt sein werde. Der eigentliche Hochschul-Parkplatz würde kaum genutzt, stattdessen würden die Studierenden Parkplätze im näher zur Hochschule gelegenen Gewerbegebiet dauerhaft belegen, die daher wiederum den Anliegern und Gewerbetreibenden nicht mehr zur Verfügung ständen.

Der Antrag benennt eine Reihe von Fragen, denen zur Feststellung des Sachverhaltes nachzugehen sei. (siehe Anlage).

Zunächst ist festzustellen, dass es sich bei dem genannten Erweiterungsgebäude um einen Labortrakt handelt, der der Optimierung des Forschungsbetriebes, aber nicht einer Erhöhung der Studienkapazitäten dient. Damit ergibt sich auch kein über den Bestand hinausgehender

Stellplatzbedarf. Laut Stellplatznachweis sind 254 Stellplätze vorhanden – erforderlich sind 233, auf dieser Grundlage wurde der Bauantrag für die Erweiterung genehmigt.

Ob statt der ausgewiesenen, zugeordneten Stellplätze näher gelegene Parkplätze durch Studierende bevorzugt genutzt werden, kann von der Verwaltung weder überprüft noch verhindert werden. Soweit es sich um öffentliche Parkplätze handelt, stehen diese jeder Nutzerin / jedem Nutzer zur Verfügung. Anlieger und Gewerbetreibende haben ihre notwendigen Stellplätze auf den jeweiligen Betriebsgrundstücken vorzuhalten. Sollten diese missbräuchlich genutzt werden, so obliegt es den Eigentümern dieses wirkungsvoll zu unterbinden.

Ein faktisches Defizit liegt offensichtlich nicht vor, da der eigentliche Hochschul-Parkplatz, wie beschrieben, kaum genutzt wird. Die Verwaltung sieht daher auch kein Erfordernis, Eigentümer umliegender Park- bzw. Stellplatzflächen, zu kontaktieren um eine Lösung eines vermeintlichen Parkplatzproblems zu finden.

Hinweise, bzw. eine Übersichtskarte, auf der die Lage der zugeordneten Stellplatzanlagen sowie die Anbindung an den S-Bahnhaltepunkt dargestellt werden, sind auf der Internetseite der HBRS Campus Rheinbach nicht zu finden. Diese Informationen wären jedoch für Studierende und Besucher hilfreich, insbesondere bei der Suche nach Parkplätzen.

Daher wird die Verwaltung an die Hochschule mit der Bitte herantreten, die Anreise-Informationen diesbezüglich zu verbessern. Darüber hinaus bestehen aufgrund der dargelegten Umstände aus Sicht der Verwaltung kein weitergehender Prüfbedarf zur Klärung des Sachverhaltes und somit auch kein weiterer Handlungsbedarf.

Rheinbach, den 25.04.2017

gez. Stefan Raetz
Bürgermeister

gez. Margit Thünker-Jansen
Fachbereichsleiterin

Anlagen:

Anlage 1: Antrag der Ratsfrau Birgit Formanski und des Rats Herrn Jürgen Lüdemann – SPD-Fraktion – vom 06.03.2017